

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Alle unbesetzt eingelegte Manuskripte
bleiben die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die internationale Donaufonferenz.

Unterredung mit Admiral Troubridge.

Der Rhein-Donau-Kanal — England auf der Donau.
Telegramm unseres Sonderkorrespondenten
Dr. Leo Lederer.

I. Wien, 3. Dezember.

Die internationale Donaufonferenz, die jetzt in Wien zusammengetreten ist, wird morgen ihre erste öffentliche Sitzung abhalten. Neben der Aufgabe und das Programm der Kommission hat mir ihr Vorsitzender der englische Admiral Troubridge, in einer Unterredung folgende Mitteilungen gemacht: Die Kommission, der vorausgehen ich die Ehre habe, stellt gleichsam den ausführenden Ausschuss der internationalen Donaufonferenz dar. Wie es in den Friedensverträgen vorgesehen ist, sind auf der Donaufonferenz Großbritannien, Frankreich und Italien, Rumänien, die jugoslawische Republik und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, ferner Griechenland durch Delegierte mit beschließender Stimme vertreten. Deutschland, Österreich, Ungarn und Litauen haben das Recht, sich auf der Konferenz durch Delegierte mit beratender Stimme vertreten zu lassen. Die internationale Donaufonferenz, die gleichfalls in den Friedensverträgen vorgesehen ist, hat provisorisch für die Regelung der Schifffahrt auf der Donau von Ilm bis Braila zu sorgen. Sie wird gebildet von Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und aller Uferstaaten, zählt also insgesamt die Vertreter von elf Staaten zu ihren Mitgliedern, da aus Deutschland zwei Delegierte, ein Vertreter Ungarns und ein Vertreter Rumänien, anwesend sind. Für den Verkehr in den Donaumündungen tritt nach wie vor die europäische Donaufonferenz ein, die durch den Friedensschluß infolge einer Veränderung erfahren hat, als sie nur mehr von Delegierten Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Rumänien gebildet wird, während Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland und die Türkei nicht mehr vertreten sind. Diese ganze Regelung trägt aber nur provisorischen Charakter. Der Donaufonferenz ist die Aufgabe zugewiesen, für eine endgültige Regelung Sorge zu tragen. Die Donaufonferenz hat zuletzt im August d. J. getagt, und sie wird erst am 1. April 1921 wieder zusammenkommen. In der Zwischenzeit werden die einzelnen Regierungen Gelegenheit haben, zu dem Entwurf für die endgültige Regelung der Donaufonferenz Stellung zu nehmen, der jetzt vorgelegt worden ist. Nach diesem Entwurf würde auch weiterhin eine internationale Kommission, deren Zusammensetzung und deren Aufgabe jener der provisorischen Donaufonferenz entsprechen würde, für die Regelung des Verkehrs zwischen Ilm und Braila Sorge zu tragen haben. In den Donaumündungen würde so wie bisher eine besondere Kommission tätig sein. Auch ist natürlich die endgültige Entscheidung über die ganze Organisation des Verkehrs auf der Donau, über die Aufgaben und die Zusammenlegung der einzelnen Kommissionen erst nach dem Wiederzusammentreten der Donaufonferenz selbst zu erwarten.

Die Folgen von Wrangels Zusammenbruch.

Frontwechsel der russischen Gegenrevolutionäre. — Trotskische Lage der Kräfte.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

I. Wien, 3. Dezember.

Wie aus Prag gemeldet wird, soll in nächster Zeit unter dem Vorherrschaft des Kongress der russischen Sozialrevolutionäre zusammenzutreten, der sich mit den inneren Angelegenheiten Rußlands befaßt und eine Vereinheitlichung der russischen Emigrationspolitik vorbereiten soll. Diese Meinung bestätigt die bereits im „Berliner Tageblatt“ gebrachte Mitteilung, daß nach dem Zusammenbruch Wrangels ein weiterer Wurf der russischen Gegenrevolution nach links und eine gewisse Kristallisierung der russischen Konterrevolution um die russischen Sozialrevolutionäre zu erwarten sei.

VA Genf, 3. Dezember.

Franken- und Schweizerische Berichte aus Konstantinopel schildern die trostlose Lage, in der sich die aus der kriegsgeplagten Trümmer der Armee Wrangels und die russische Zivilbevölkerung befinden. Wie der Korrespondent des „Journal de Genève“ erzählt, sind die letzten Schiffe, die die Flüchtlinge nach dem Schwarzen Meer gebracht haben, in der Bucht von Trabzon am 2. Dezember im Marmarameer verankert; sie überbrachten 7000 Soldaten, 7000 Wundverwundete und 53000 Zivilpersonen. Diese Flotte ist von einem Polizeikorps umgeben; es darf niemand an sie heran, und von Flüchtlingen dürfen nur die an Land gehen, die Verwandte in Konstantinopel haben und über genügende Geldmittel verfügen. Das sind natürlich nur die wenigsten; die Mehrzahl der Flüchtlinge hat nichts retten können. Die Schiffe sind so überfüllt, daß die Leute nicht einmal Platz zum Niederlegen haben und auf dem Verdeck allen Umständen der Witterung ausgesetzt sind. Die Stadt Konstantinopel, in der seit Monaten die schwerste Leuzung herrscht, kann den Unglücklichen nicht helfen. Man verbringt die Perennenden und Kranen in einige ehemalige Gefandtschaftsgebäude, die in Spitaler umgewandelt worden sind. Aber das ist alles, was sich tun läßt. Um die Hauptstadt vor der Gefahr einer Epidemie

keiten zu überwinden. Die größte Schwierigkeit bietet die Vergrößerung des Schiffsraumes, und diese Frage ist nach meiner Meinung noch schwerer zu lösen als die Frage der Beschaffung der nötigen Kohlenmengen, weil wir auf die Herstellung der erforderlichen Kohlen noch größeren Einfluß nehmen können als auf die Beschaffung des nötigen Schiffsraumes, der sich infolge des Krieges stark vermindert hat. Alle Gesellschaften erklären mir, daß sie fünfmal so viel Schiffsraum benötigen würden als sie besitzen, um allen Wünschen gerecht zu werden. Die notwendigen Kohlen hoffen wir hauptsächlich in drei Lagern in Preßburg, Mohacs und Corabia sicherstellen zu können. Große Schwierigkeiten hat uns in dem abgelaufenen Tätigkeitsabschnitt auch der Boykott gegen Ungarn bereitet. Doch glaube ich sagen zu können, daß wir uns nicht ohne Erfolg bemüht haben, die Schranken, die dem internationalen Verkehr auf der Donau entgegenstanden, zu öffnen und die Schifffahrt auf der Donau zu entwickeln. Zu seiner vollen Bedeutung wird sich allerdings der Donauverkehr erst entwickeln, wenn der Rhein-Donau-Kanal hergestellt sein wird. Ich verkenne die ungeheuren Schwierigkeiten nicht, die sich in dem verarmten, mit Aufgaben ohne Zahl überlasteten Europa der Schaffung dieses Werkes entgegenstellen. Trotzdem wage ich zu hoffen, daß dem europäischen Verkehr die Wohlthat eines schiffbaren Wasserweges von Holland bis in das Schwarze Meer zuteil werden wird. Nicht geringere Bedeutung müsse ich dem Ausbau der Wasserstraßen in mittleren Europa bei, über dessen Förderung auch unsere Kommission zu beraten haben wird.

Ich frage Admiral Troubridge nach dem Zweck der großen Käufe, die von englischer Seite in den letzten verschiedenen Dampfschiffahrtsgesellschaften, namentlich der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, der ungarischen Dampfschiffahrtsgesellschaft und des Sächsischen Lloyd, getätigt worden sind. Admiral Troubridge stellt in Abrede, daß England eine Monopolstellung auf der Donau zu erlangen suche, und daß diese Käufe politischen Zwecken dienen. „Für diese Käufe“, sagt der Admiral, „war in erster Linie der Wunsch maßgebend, den Donauverkehr mit Hilfe des englischen Kapitals zu entwickeln, da der ganze Verkehr stark unter der Kapitalknappheit der interessierten Kreise gelitten habe, obwohl die Entwicklung des Verkehrs sehr günstige Ergebnisse in Aussicht stellte. Es ist wohl richtig, daß dem materiellen Interesse politische Interessen zu folgen pflegen, aber ich würde nicht, welches politische Interesse Englands den Anlaß zu diesen Käufen gegeben hätte. Die politischen Vermutungen die man an diese Käufe knüpft hat, gehören jedenfalls in das Gebiet der Phantasie.“

Die Arbeiten der Kommission wideln sich nach den Mitteilungen des Admirals Troubridge auch dort, wo sich sachliche Meinungsverschiedenheiten zeigen, ohne Meinungen ab. Das gilt namentlich auch für das Verhältnis zu den deutschen Delegierten, an deren Spitze der Graf Dr. Seeliger steht. „Ich habe die feste Hoffnung, daß die Kommission ihre Aufgabe von jenem hohen Standpunkt aus betrachten wird, der der Bedeutung dieser Aufgabe entspricht“, sagte Admiral Troubridge; „wir dürfen uns nicht auf den Weg eines engen Nationalismus begeben, wir müssen auf der Donau ein wirtschaftliches und physisches Band schlagen, das alle Nationen Europas vereint. Wir müssen dazu beitragen, daß die Wunden des Krieges, die noch so sichtbar sind, vernarben und vergessen werden. Nur so wird jene abstrakte Liga, die die „Gesellschaft der Völker“ genannt wird, zur Wirklichkeit werden.“

Der rumänische Abrüstungsvorschlag.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

VA Genf, 3. Dezember.

Genau wie gestern Balfour haben heute die Vertreter der rumänischen Delegation den Mitgliedern der hiesigen Presse Rede und Antwort gestanden. Die Herren erzählten, daß Rumänien vor der Versammlung des Völkerbundes einen neuen Abrüstungsvorschlag einbringen wolle, der noch weit über die Forderungen des skandinavischen und des französischen Projektes hinausgeht. Nach diesem rumänischen Vorschlag soll die Kontrolle über die Rüstungen nicht nur auf die Mitglieder des Völkerbundes, sondern auch auf solche Staaten ausgedehnt werden, die dem Bund nicht angehören. Sollten sich diese Staaten dieser Kontrolle widersetzen, so stehe dem Völkerbund das Zwangsrecht der wirtschaftlichen Blockade zur Verfügung. Wie die Rumänen sich eine solche Ausdehnung der Kontrolle und der Blockade eine auf die dem Völkerbund nicht angehörenden Vereinigten Staaten von Amerika denken, darüber sagten die Herren nichts. Aufgefragt über die Absichten und den Sinn der „kleinen Entente“, erklärte Herr Zafu Jonescu, diese kleine Entente solle einen slawischen Wall gegen das Vordringen des Deutschland nach Osten zu bedeuten, und zwar werde sich dieser Wall von der Ostsee bis an das Adriatische Meer ausdehnen. Die Tendenz dieses Unternehmens sei aber nicht offen, sondern rein defensiv in politischer und wirtschaftlicher Beziehung gedacht. Die kleine Entente sei leider noch sehr unvollständig und sie gerade jetzt durch die Erschütterung in Griechenland weiter geschwächt worden. Trotzdem zeige sich bei verschiedenen Mandatarten des ehemaligen Rußlands, so beispielsweise bei Lettland und Finnland, die Absicht, sich der kleinen Entente anzuschließen. Herrn Jonescus Ansichten über die kleine Entente dürften für die Mehrzahl ihrer Mitglieder kaum verbindlich sein. (Die Red.)

Die Stimmung.

Von unserem Korrespondenten
Paul Bloor.

Paris, 1. Dezember.

Wenn man viele Tage lang vom Morgen bis zum Abend mit Deutschen und Franzosen, beamteten und unbeamteten, immer über das gleiche Thema der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gesprochen hat — dann weiß man natürlich über die Strömungen und Unterströmungen der politischen Lage noch sehr ungenügend Bescheid, aber man kann sich doch schon ungefähr einen Begriff über die Stimmung machen, die jetzt in Frankreich gegen Deutschland herrscht. Denn Paris ist zwar nicht Frankreich, aber Frankreich wird von Paris aus regiert; und alles, was die Nervenzirge dieses Landes, von den Pyrenäen bis zum Kanal, berührt, setzt sich in der Hauptstadt in Worte und Zeitungsartikel um.

Mit aller gebotenen Vorsicht soll deshalb, als Grundlage für spätere Einzelbetrachtungen, hier einiges gesagt sein, was für die Beurteilung der politischen Atmosphäre von Bedeutung ist. Schwankungen werden, je nach dem Zufall in Paris oder Berlin, nicht ausbleiben; da aber die Charaktereigenschaften der Völker beständiger sind als Wolken, Winde und Ministerien, lassen sich doch Anhaltspunkte zur Bestimmung der Fahrt durch das unruhige Meer der Zeit gewinnen. In zunächst also: trotz der Größe des Krieges hier keineswegs abnehmend, ist der Großteil der Deutschen in Paris angenehm auffällig, ist der Großteil der Franzosen in Berlin unangenehm auffällig, ist die sich ernsthaft bemühen, ohne Vorurteile an dem Wiederaufbau der gegenseitigen Verständigung zu arbeiten, kommen von der gegenwärtigen Lage nicht los, daß Deutschland den Krieg gewollt hat, daß die Zerstörung in den Norddepartements über militärische Notwendigkeiten hinaus planmäßig ausgeübt wurde, daß die Beschießung von Paris durch „Gothas et Berthas“ ein kavaleres und brutales Schreckmittel gewesen ist. Alle Einwände werden entweder mit dem Rückeln des Besserwiltens oder mit dem Pathos des Gekränkten abgelehnt. Dagegen läßt sich nichts machen.

Wird aber dieser Gemütszustand einmal als unvermeidlich hingenommen, so daß ohne Verhöhnung der finsternen Vergangenheit von der Zukunft gesprochen werden kann: dann zeigt sich bald die Möglichkeit, vernünftig miteinander zu verfahren. Bereitwillig geben verständliche Franzosen zu, daß auch auf ihrer Seite nach dem Abschluß des Vertrages von Versailles manches anders hätte gemacht werden können. Die heftigsten Artikel vieler Pariser Zeitungen, die Politik der Drohungen und Schikanen überreicher Offiziere und Beamten werden von ihnen mit aller Aufrichtigkeit bedauert, ja, es wird sogar, ob mit Recht, hat ich noch nicht feststellen können, mit allem Nachdruck behauptet, daß Millerand stets gegen Gewaltmaßnahmen gewesen sei und sich, um ein Beispiel zu nennen, zur Besetzung Straßburgs nur mit Widerwillen, gedrängt durch nationalfeindliche Strömungen in Kammer und Meer, entschlossen habe. Sie erliegen, daß in französischen politischen Kreisen auch die Absicht einer Besetzung des Ruhrgebietes in Abrede gestellt wird. (Gottschalk wird Frankreich dann also darauf verzichten, in die Abmachungen über die Entschädigung abermals eine „Drohkeule“ einzufügen! Die Redaktion.)

Die wichtigsten Beschwerden, die französische Politiker im Augenblick vorbringen, beziehen sich mehr auf die Methode als auf Tatsachen. Die deutsche Diplomatie habe viel zu viel mit roten gearbeitet, die nicht immer sehr glänzlich misfiel gewesen seien und die praktische Verständigung nur aufgehalten hätten. „Ich habe keinen Bismarck mehr, aber tausend kleine Metternichs...“ sagte mir jemand und wollte damit andeuten, daß die liberalkaufliche diplomatische Ränke für das neue Deutschland nicht ganz zeitgemäß sei. In der Tat scheint mir den Augenblick, und vielleicht auch noch über den Augenblick hinaus, die einfachste und am wenigsten sentimentale Darlegung der Lage in Deutschland und der aus ihr sich ergebenden Wünsche die nützlichste Art der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen zu sein. Diese einfache und gerade Art hat dem Volkssänger Dr. Mäher unfehlbar Sympathie verschafft. Und bei den wirtschaftlichen Verhandlungen hat die gleiche Manier dem Staatssekretär Bergmann, „der immer das letzte Wort zuerst und immer die vérité vraie sagt“ (ich zitiere ein französisches Urteil), sicherlich nicht geschadet. Es wird im übrigen auch zugegeben, daß der Reichsminister Dr. Simonis (dem die Franzosen hartnäckig als dem Dr. von Simonis den Adel verleihen) Vertrauen verdiene, obwohl mir von einer Seite gesagt wurde, dieser Herr sei sehr schlau und man könne nicht immer wissen, welche Gedanken er in seinem erntbarsten Kopf verwickelt. Der Mann, der dies sagte, ist kein Diplomat, aber er hat Dr. Simonis in Spaa gesehen.

Zwei Beobachtungen drängen sich bei solchen Schilderungen dem Deutschen, der eben aus Deutschland kommt, noch mit deutschen Augen zu sehen gewohnt ist, aber Franzosen schon von früher her kennt, fortwährend auf: die Franzosen sind über manche Verhältnisse in Deutschland erstaunlich gut, viel besser als früher unterrichtet, aber sie zeigen auf der anderen Seite eine auffallende Unkenntnis in der Beurteilung deutscher Stimmungen und Persönlichkeiten. Alles statistische Material, alle wirtschaftlichen Fragen, alle amtlich publizierten Personalien scheinen ihnen durch genaue Informationen vertraut zu sein, und es wäre ein sehr gewagtes Experiment, auf diesem Gebiet ihnen gegenüber als nicht ganz aufrichtig zu erscheinen. Namentlich die Presse muß diese Lasten beständig berücksichtigen. In dem großen Hause in der Rue François I., das als „maison de la Presse“ ihren Namen trägt, aber in seinen Räumen auch noch eine Anzahl politischer Kommissionen beherbergt, sind einige Säle mit Aktenmaterial angefüllt, das sehr gewissenhaft gesammelt und in Ordnung gehalten ist. Und eine